

Nachrichten aus Brüssel

@greens87 – stock.adobe.com

Auf der Suche nach einer neuen EU-Kommission

Anfang Juli wurde Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission für fünf weitere Jahre im Amt bestätigt. Nach ihrer Wahl hat eine Phase der personellen Neuorientierung begonnen, die mehrere Monate in Anspruch nehmen wird.

Als ersten Schritt mussten die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten bis Ende August ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die künftigen EU-Kommissare benennen. Auf Grundlage dieser Vorschläge wird von der Leyen dem Europäischen Parlament ein Gesamtorschlag für die Zusammensetzung und Verteilung der 26 Portfolios der künftigen EU-Kommission übermittelt. In der Folge werden die zuständigen Fachausschüsse des Parlamentes die Bewerberinnen und Bewerber anhören.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass dieser Prozess nicht reibungslos verlaufen wird. Um eine möglichst ausgeglichene Besetzung der EU-Kommission zu erreichen, hatte von der Leyen die EU-Mitgliedsstaaten gebeten, sowohl einen männlichen Kandidaten als auch eine weibliche Kandidatin zu benennen. Viele EU-Mitgliedsstaaten sind dieser Bitte jedoch nicht nachgekommen, sodass es aktuell einen deutlichen Überschuss an männlichen Bewerbern gibt. Ziel von der Leyens ist es, dass die neue EU-Kommission am 1. Dezember 2024 ihre Arbeit aufnehmen wird. Beobachter in Brüssel befürchten, dass sich dieses Datum nicht halten lassen wird.

Gesundheitsministertreffen: Herzgesundheit im Fokus

Auf Einladung der amtierenden ungarischen EU-Ratspräsidentschaft kamen die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister der EU-Mitgliedsstaaten zu einem informellen Treffen in Budapest zusammen.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen zwei gesundheitspolitische Themen, denen die Ungarn in den nächsten Monaten besondere Aufmerksamkeit auf europäischer Ebene schenken möchten. Dabei handelt es sich einerseits um die Bekämpfung

von Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie andererseits um die Bereitschaft zu Organspenden.

Das ausgemachte politische Ziel ist es, auf europäischer Ebene gemeinsame Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Prävention, zu definieren, um die Zahl von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu reduzieren. Dies könnte unter anderem den Verbrauch zuckerhaltiger Getränke betreffen. Ein ähnliches Vorgehen ist mit Blick auf Organspenden angedacht. So sollen die Bereitschaft für Organspenden innerhalb der Bevölkerung in den EU-Mitgliedsstaaten erhöht und die Rahmenbedingungen dafür verbessert werden.

EuGH bemängelt fehlende Transparenz der EU-Kommission

Im Juli entschied der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), dass die Europäische Kommission der Öffentlichkeit keinen „hinreichend umfassenden Zugang“ zu den Verträgen über die Beschaffung der Covid-19-Impfstoffe gewährt hat.

Während der Covid-19-Pandemie hatte die EU-Kommission 2020 und 2021 unter Zeitdruck mit verschiedenen Pharmaunternehmen Verträge über Hunderte Millionen Dosen Impfstoff verhandelt und abgeschlossen. Dieses Vorgehen stand wiederholt in der Kritik, weil die Verträge und deren Klauseln nur teilweise öffentlich gemacht wurden und es Probleme bei der Beschaffung von Impfstoffen gab. Die EU-Kommission weigerte sich, die Verträge öffentlich zu machen, und berief sich auf den Datenschutz sowie den Schutz von Geschäftsgeheimnissen. Vor diesem Hintergrund hatten eine Reihe von Europaabgeordneten und Privatpersonen auf einen öffentlichen Zugang zu den Verträgen geklagt.

Dieser Klage wurde nun zumindest teilweise stattgegeben. Aus Sicht der Richter konnte die EU-Kommission nicht nachweisen, dass ein breiterer Zugang zu den umstrittenen Vertragsklauseln die kommerziellen Interessen der betroffenen Pharmaunternehmen tatsächlich untergraben würde.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK